

Offener Brief an einen CDU Politiker

Er ringt um Bekanntheit mit dem Ziel, Ministerpräsident zu werden

Dank Schierack: CDU ist nicht wählbar und keine

Alternative zu SPD und Linke

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schierack,

bevor wir Ihnen unsere Vorhaltungen im Detail erläutern, hier einige grundsätzliche Bemerkungen und Hinweise, die komplex erklären, warum wir Ihnen und Ihrer CDU vorhalten, dass Sie nicht wählbar sind. Wir wollen uns auch nicht beschuldigen lassen, einseitig zu werten, deshalb gleich vorab: auch SPD, Linke, FDP und Grüne sind für Betroffene der katastrophalen BER-Politik nicht wählbar! Die Begründungen sind zum Teil andere, aber im Kern treffen immer zu. Sie als Person und Ihre Partei mit dem „C“ im Namen stehen in besonderer Verantwortung.

Die Brandenburger CDU ist keine Alternative für die Menschen, die sich richtig entscheiden wollen. Richtig heißt in diesem Fall: Diese Menschen wollen gegen eine BER-Politik der Durchsetzungswut und vor allem gegen die gesundheitlichen Folgen für sich und insbesondere ihre Kinder stimmen. Die Brandenburger SPD oder die Linke können sie aus diesem Grund nicht wählen, und in der Brandenburger CDU können sie auch keine Alternative erkennen. Als neuer Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, als CDU-Fraktionsvorsitzender, Honorarprofessor und Mediziner sind Sie ein herausragendes Beispiel für Verantwortungslosigkeit und Ignoranz vor den Folgen ihres Tuns. Unfassbar und darum unvertretbar ist Ihre Missachtung aus der Verpflichtung des geleisteten ärztlichen Eides ebenso wie aus Ihrer Verpflichtung als katholischer Christ und Vorsitzender einer Partei, die für sich beansprucht, Politik für die Menschen aus christlicher Verantwortung zu betreiben.

Sie wissen, es gebietet die katholische Lehre, den Menschen als Ebenbild Gottes zu achten. Aus dieser religiösen Verpflichtung heraus lernt jeder Katholik und Christ: Jeder Schaden, den Du einem Menschen zufügst, fügst Du dem Ebenbild Gottes zu. Offensichtlich hat der Katholik Schierack, wie folgend noch bewiesen wird, missachtet, was Jesus seinen Jüngern, allen Katholiken und Christen ins

Stammbuch zum Verhalten, Handeln und zur Verantwortung gegenüber dem Ebenbild Gottes gesagt hat: „**Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan**“... „**Was ihr für einen dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan.**“ (Matthäus-Evangelium, Kapitel 25, Verse 31-46)

Zusätzlich zu dieser Verpflichtung als Katholik haben Sie auch als Arzt einen Eid als Voraussetzung für diese Tätigkeit geleistet. In der modernen Fassung haben Sie folgenden Eid des Hippokrates gelobt:

„Gelöbnis

Bei meiner Aufnahme in den ärztlichen Berufsstand gelobe ich feierlich: mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen.

Ich werde meinen Lehrern die schuldige Achtung und Dankbarkeit erweisen.

Ich werde meinen Beruf mit Gewissenhaftigkeit und Würde ausüben.

Die Gesundheit meines Patienten soll oberstes Gebot meines Handelns sein.....

....Ich werde mich in meinen ärztlichen Pflichten meinem Patienten gegenüber nicht beeinflussen lassen durch Alter, Krankheit oder Behinderung, Konfession, ethnische Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politische Zugehörigkeit, Rasse, sexuelle Orientierung oder soziale Stellung.

Ich werde jedem Menschenleben von seinem Beginn an Ehrfurcht entgegenbringen und selbst unter Bedrohung meine ärztliche Kunst nicht in Widerspruch zu den Geboten der Menschlichkeit anwenden.

Dies alles verspreche ich feierlich und frei auf meine Ehre.“ (Genfer Deklaration, Weltärztebund 2006).

Ihre Praxis, Ihre politischen Taten müssen darum vor dem Hintergrund der katholischen Lehre und Ihres Berufseides gewertet werden. Dies im Interesse von Wahrheit und Klarheit zum Urteil Ihres Tuns.

Ein Briefwechsel, den NA erst vor wenigen Tagen einsehen konnte, ist das Dokument, aus dem wir unser Urteil ableiten. Dieser Briefwechsel entlarvt Sie.

Es geht um den Brief einer Petentin an Sie (Datum 17. Oktober 2013):

„Sehr geehrter Herr Professor Dr. Schierack,

als Katholikin und Mutter zweier schulpflichtiger Kinder lebe ich mit meiner Familie in der Einflugschneise (Überflughöhe 350 m) des BER.

Inzwischen ist für Alle unstrittig, da mehrfach wissenschaftlich bewiesen, dass Fluglärm krank macht.

Sie plädieren nun massiv dafür, dass der BER an diesem Standort in Betrieb genommen werden muss, obwohl dadurch 10000 de Kinder und Erwachsene mit Absicht krank gemacht werden. Das ist in meinen Augen Vorsatz.

Meine Fragen an Sie:

Wie vereinbaren Sie Ihr Handeln mit dem Eid, den Sie als Arzt geleistet haben?

Wie vereinbaren Sie Ihr Handeln mit dem C (christlich) in ihrem Parteinamen?

Würden Sie Menschen, die andere Menschen bewusst krank machen, als Straftäter bezeichnen?

Würden Sie Politiker, die Menschen bewusst krank machen, als Verfassungsfeinde bezeichnen?

Gilt der Artikel 2,2...“jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit....“ der Bundesrepublik Deutschland für alle Menschen?

Wenn ja, warum nicht für die BER Betroffenen?

Herr Schierack, als Mutter, Christin und bisherige CDU Wählerin, bin ich entsetzt!

Verstehe ich Sie richtig, dass Ihnen wirtschaftliche Interessen wichtiger sind als die Gesundheit von Menschen? Glauben Sie wirklich, dass es Kindern Spaß macht, in Akustikkäfigen unterrichtet zu werden und ihre Freizeit in ihren Lüfterkinderzimmern verbringen zu müssen, weil sie sich nicht mehr im Freien aufhalten können? Halten Sie eine solche Lebensweise für Kinder gesund?

Glauben Sie allen Ernstes, der BER wird jemals fertig gestellt?

Glauben Sie allen Ernstes, der BER wird jemals wirtschaftlich?

Glauben Sie allen Ernstes, die CDU wird jemals glaubhaft den Betroffenen gegenüber treten können?

Sehr geehrter Herr Schierack, ich möchte Sie bitten, mir meine Fragen zügig und präzise zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

(Name und Anschrift sind uns bekannt)

Wir haben diesen ebenso berechtigten wie besorgten Brief in vollem Umfang abgedruckt. Dies, weil wir davon überzeugt sind, dass dieser vollständige Abdruck

und dazu Ihre Antwort als Kontrast unsere Vorwürfe deutlich machen. Mit Datum vom 16. November 2013 antworteten Sie aus Ihrem Wohnort Cottbus:

Ihre Mail vom 17. Oktober 2013

Sehr geehrte Frau XXXX,

zunächst bitte ich um Verständnis, dass Sie erst heute eine Antwort erhalten. Sie müssen aber wissen, dass ich am 23.10.2013 in die AG Gesundheit der Koalitionsverhandlungen CDU/SPD berufen wurde und seit dem 28.10.2013 fast täglich und zusätzlich in Berlin bin.

Nun zu Ihren Fragen, die sich ja alle aus Ihrer konkreten Betroffenheit und der ehrenamtlichen Tätigkeit und den Zielen des BVBB sowie Ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit Herrn Breidbach herleiten lassen.

Sehr geehrte Frau XXXXX, Sie wissen es sehr genau, dass ein BER – Standort Sperenberg spätestens seit Baubeginn Schönefeld Geschichte war und ist. Jetzt kann es ausschließlich darum gehen, die zu erwartenden Belastungen aus dem BER durch die gesetzlich vorgegebenen Maßnahmen, darunter auch dem Lärmschutz zu minimieren. Sie kennen sicherlich die Position der CDU-Landtagsfraktion zum Thema Lärmschutzmaßnahmen und Nachtflugverbot, ich kann Sie Ihnen - wenn Sie es wünschen - gern zukommen lassen.

Im Umfeld eines jeden Flughafens müssen die spezifischen Grundrechte miteinander abgewogen werden. Die Befürworter und Betreiber des BER sind a priori keine Verfassungsfeinde, vorausgesetzt die gesetzlichen oder gerichtlichen Vorgaben werden erfüllt.

Die Inbetriebnahme des BER wird sich deutlich verzögern und diese Zeit sollen und müssen die betroffenen Anrainer nutzen, mit den BER-Verantwortlichen alle notwendigen Schutzmaßnahmen auszuhandeln und durchzuführen. Wir als CDU werden das kritisch gegenüber der Landesregierung im Sinne der Anwohner begleiten.

Mit freundlichen Grüßen“

Diese Antwort ist an Ignoranz vor Fakten, an Missachtung von Sorgen und Betroffenheiten durch keine denkbare andere Antwort zu überbieten.

Zunächst ist sie eine Antwortverweigerung, weil keine der gestellten Fragen beantwortet wurde. Sie ein im Kern völlig untauglicher Versuch, abzulenken mit Antworten auf nicht gestellte Fragen. In diesem Versuch der Ablenkung wird dann auch ein erschreckendes Niveau sichtbar, das Auskunft über Wissen und Charakter des Verfassers gibt.

Im Einzelnen:

Die wohl wichtigste Botschaft ist die Angabe der Begründung, nach der Sie keine Zeit für eine zügigere Antwort hatten. So erfährt die Petentin erst einmal, was Sie in der Zeit vom 23.10. bis zur Beantwortung der Mail am 16.11.13 Wichtiges getan hatten. Da waren Sie als Gesundheitspolitiker, sicherlich als einer von 30, bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin gefragt. Das wollten Sie wohl ausdrücklich mitteilen, weil Sie davon ausgingen, dass diese Ihrer Person zuzuschreibenden Wichtigkeit auch bei der Petentin Eindruck schinden würde. Sie dürfte aber verstanden haben, dass sich hinter dieser Information auch kaschierte Eitelkeit und Hinweis auf Wichtigkeit verbarg. Nur dies als Entschuldigung anzuführen, das ist dann schlechter Stil.

Sie schreiben dann weiter: ... **„Nun zu Ihren Fragen, die sich alle aus Ihrer konkreten Betroffenheit und der langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit und den Zielen des BVBB sowie aus Ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit Herrn Breidbach herleiten lassen....“**

Kommentierung:

...**„Nun zu Ihren Fragen“**...: Auf sechs Fragen wird dann die Antwort verweigert. Stattdessen kommen Sie mit einer Behauptung, die im Inhalt an Dummlichkeit nicht zu übertreffen ist. Sie interpretieren, dass die Fragen der Petentin aufgrund der eigenen Betroffenheit und einer langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit gestellt wurden. Was hat diese Behauptung mit dem Inhalt der gestellten Fragen zu tun? Gar nichts! Wollten Sie mit Ihrer Behauptung einen Makel an der Qualität der Fragen zum Ausdruck bringen, obwohl sie doch wegen der Betroffenheit der Petentin oder aus langjähriger Befassung mit den schlimmen kommenden Folgen des Flugbetriebs auf der Hand lagen? Bei der Formulierung dieser Floskel haben Sie übersehen, dass die Fragen einen sachlichen Hintergrund haben, der eben der Erfahrung geschuldet ist. Ein kluger „Ordentlicher Professor“ hätte dann gewusst, dass die Fragen ein Recht auf ernsthafte Beantwortung haben.

Schlimmer wird dann Ihr Hinweis, nach dem sich die Fragen aus ... **„den Zielen des BVBB sowie Ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit Herrn Breidbach herleiten lassen“**.... Was haben Sie hiermit gemeint, Herr Schierack? Sind die Ziele, aufgezeigten Alternativen und Problemlösungsvorschläge, die der BVBB seit 1990 immer wieder öffentlich gemacht hat, falsch oder nicht sachlich vertretbar? Ist die Zusammenarbeit mit Herrn Breidbach ein Makel, der Sie berechtigt, Fragen nicht zu beantworten, deren Ursache doch Sie verantworten müssen? Sicher dürfte aber sein, dass Ihnen Herr Breidbach als besonders erwähnenswert erscheint, weil er im Gegensatz zu Ihnen und Ihrer CDU mit seinem Urteil über die Folgen der BER-Standortfehlentscheidung immer ebenso richtig gelegen hat wie in all seinen

Aussagen, die er in der Sache seit 1990 gemacht hat. Das unterscheidet ihn eben von der Vertuschung, den Lügereien und der Unfähigkeit im Urteil, die Sie und ihresgleichen seit 1990 abgesehen haben. Alles, was Breidbach oder der BVBB gesagt haben, ist so eingetreten wie es publiziert wurde. Wollen Sie dem etwa widersprechen bzw. das widerlegen? Jeder, auch die Petentin, ist darum auf der sachlich richtigen Seite und vertritt Alternativen zu dem von Ihnen und Ihrer Partei durchgesetzten Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt. Nun drücken auch Sie sich vor der Verantwortung. Schuldig an der „Pleite BER“ - so hätten Sie es wohl gerne - sind die Betroffenen, weil diese dort leben, wo Sie helfen, deren Gesundheit und Lebensqualität zweifelhaften Zielen zu opfern. Sie, Ihre Partei, gehören doch unstrittig zu der „Nationalen Front“ der BER-Durchsetzer, die Berlin und Brandenburg auch noch national und international lächerlich gemacht haben. Daran hätten Sie sich erinnern müssen, bevor Sie sich über die Motive der Petentin mokierten. Erinnern dürfen wir Sie aber an das Gutachten, das sie selber (FdC) in Auftrag gegeben haben, und an das Konzept: „Zentralflughafen....“ - beides nachzulesen auf dieser Webseite. In beiden Konzepten finden Sie die Antworten, die Ihnen zur Verfügung gestanden hätten, wenn Sie im Sinne von Achtung und Anstand die von der Petentin gestellten Fragen hätten beantworten wollen. Das hätte dann der Wahrhaftigkeit gedient.

Sie schreiben dann weiter: ...**„Sie wissen genau, dass ein BER-Standort Sperenberg spätestens seit Baubeginn Schönefeld Geschichte ist.....gern zukommen lassen“....**

Kommentierung:

Hier machen Sie lediglich Gebrauch von der Masche - mangels Antwortkompetenz oder Antwortwilligkeit - Fragen zu beantworten, die die Petentin nicht gestellt hat. Was Sie aufgeschrieben haben, ist in Wahrheit eine Bankrotterklärung zum Thema „Politik ohne Alternativen“. Gleichzeitig vertreten Sie die Auffassung, dass politische Fehlentscheidungen, weil sie Geschichte sind, unkorrigierbar sind und so „Ewigkeitswert“ haben. Das ist geschichtslos und widerspricht der Wendehals-Mentalität von Politikern, wenn es um deren Machterhalt geht. Haben Sie vergessen, wie ihr gewünschter potentieller Koalitionspartner genau das 1996 praktiziert hat, was „Geschichte“ in der Politik bedeutet? Weil es auch zu Problemen in der Infrastrukturpolitik tausende von Beispielen gibt und wie Fehlentscheidungen korrigiert wurden, sollten Sie mit Ihrem Diktum von wegen „Geschichte“ sehr vorsichtig sein, bevor Sie sich bei Politikkundigen und nicht geschichtsvergessenen Politikern endgültig lächerlich machen. Wie kräftig gerade ihre Partei aktuell Geschichte korrigiert hat, durften wir erleben, als vom Hosianna zur Kernenergie über Nacht - auch aus Gründen des Machterhalts - entschieden wurde: Kreuzigt die Kernenergie!

Ihr Hinweis, nach dem es nun ausschließlich darum gehen kann, die Maßnahmen umzusetzen, ist unerträglich. Sie verschweigen auch, dass die „gesetzlich vorgegebenen Maßnahmen“ in ihrer notwendigen Umsetzung zum Rechtsstaatsprinzip gehören. Vom Verursacher der Standortfehlerscheidung und deren Folgen erwarten Sie, dass er sich vom Opfer zu seiner Verpflichtung zwingen lassen muss. Die jahrelangen Versuche, selbst diejenigen Schutzrechte durchzusetzen, die zur klassischen staatlichen Verpflichtung des Vorsorgerechts gehören, sind doch bis heute nicht nur beim Lärmschutz gescheitert. Wollen Sie etwas bestreiten, dass es auch unter weitestgehender Duldung durch die CDU nie darum ging, selbst die im Planfeststellungsbeschluss festgeschriebenen Schutzrechte umzusetzen? Es ging um „Billigheimer-Lösungen“ und nicht um Lärmschutz! Dazu zeigt dann Ihr arroganter Hinweis, dass gesetzliche Vorgaben umgesetzt werden müssen, dass Sie nicht bereit sind, mehr als unbedingt rechtlich gefordert zuzugestehen. Dabei ist das ein willkürlich fixiertes Mindestrecht und hat mit einer Regelung im Sinne einer gesundheitlichen Vorsorge und erträglichen Lebensqualität nicht das Mindeste zu tun. Diese Einstellung sagt mehr über Sie als tausend Worte.

Wie kommt ein Mediziner, so fragen wir Sie, dazu, Petenten, die auch Patienten sind, mit dem Hinweis abzuspeisen, dass sie zufrieden sein sollen, wenn ihre Gesundheitsgefährdung durch Fluglärm minimiert wird. Dass das von der CDU mitgetragene Konzept einer Nachtflugregelung einen Eingriff in das Recht auf Nachtruhe bedeutet und eine Störung derselben gesundheitliche Folgen hat, das interessiert sogar den Mediziner Schierack nicht. Ekelhaft!

Ganz offensichtlich haben Sie auch keine Vorstellung davon - oder verdrängen sie - was Lärmschutz in der Praxis bedeutet. Darum hier ein kleiner „Ausflug“ als Lehrstoff für sachliche Unterbelichtung:

Lärmschutz bedeutet: der Lärm bleibt trotzdem dort in vollem Umfang, wo es keinen Schutz gibt, z. B. in Außenbereichen von Gebäuden und Wohneinheiten.

Lärmschutz bedeutet: Schlafen und Leben in Räumen mit geschlossenen Fenstern und bei künstlicher Belüftung.

Lärmschutz für Kinder bedeutet: Spiel und Unterweisung in lärmgeschützten Räumen (Akustikkäfigen), ebenfalls bei künstlicher Belüftung.

Lärmschutz bedeutet: Fluglärm am Tage, in der Nacht, auf allen Schulhöfen, Kinderspielplätzen, in allen Gärten, Parkanlagen und Erholungsgebieten.

Das ist die Zukunft für 200 000 Betroffene, die auch Sie wollen. Wollen Sie, Ihre Kinder oder Enkelkinder unter solchen Bedingungen leben? Ist Ihnen klar, dass dieses „Leben“ auch von Ihnen für wenigstens vier Generationen gewollt ist?

Nach dem Prinzip, dass das Dümme immer zum Schluss kommt, schreiben Sie weiter:

.....“Im Umfeld eines jeden Flughafens müssen die spezifischen Grundrechte miteinander abgewogen werden. Die Befürworter des BER sind a priori keine Verfassungsfeinde, vorausgesetzt die gesetzlichen oder gerichtlichen Vorgaben werden erfüllt“

Kommentierung:

Dieser Hinweis sollte wohl der untaugliche Versuch sein, eine taugliche Antwort auf die Frage 4 des Briefes der Petentin zu geben. Dieser Versuch zeigt sehr deutlich, was der Politiker Schierack von unseren Grundrechten, ihrer Anwendung und ihren Verpflichtungen versteht. Nämlich: nichts! **Für die Folgen aus dem Betrieb eines Flughafens gibt es nur zwei unverzichtbare und nicht anzutastende Grundrechte. Den Artikel 2 Abs 2 hat Ihnen die Petentin genannt. Den wollen Sie „abwiegen“. „Wogegen, Herr CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender?“ muss man da fragen. Welches Verfassungsverständnis verbirgt sich hinter Ihrer Abwiegerei? Wo haben Sie gelernt, dass man Grundrechte gegeneinander abwägen kann? Haben Sie den Artikel 19 GG mit seinem Absatz 2 noch nicht gelesen? Da steht: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“**

Wir haben aber gelernt, dass auch Ihre Partei ständig grundrechtlich geschützte Werte gegen, aus gutem Grund, nicht grundrechtlich gestützte Interessen abwägt. In diesem Fall heißt das: Betroffene, die Anspruch durch das Grundrecht auf Schutz haben, gegen grundrechtlich nicht geschützte Profitinteressen, konkret gegen den Versuch, den BER wirtschaftlich zu betreiben. In der Praxis bedeutet das: Um dieses Ziel zu erreichen, werden Menschen bewusst krank gemacht und das, obwohl der BER niemals wirtschaftlich betrieben werden kann. Wenn sie dies bestreiten, lügen sie!

Das ist schlimm und disqualifiziert Sie für die Übernahme von Positionen mit staatlicher Verantwortung: Ihr krankes Verfassungsverständnis. Ausweislich dieses Verständnisses sind Sie - wie alle Verantwortungsträger, die die Grundrechte gegeneinander abwägen wollen oder gar zugunsten von betriebswirtschaftlichen Erfolgen knebeln - ein Verfassungsfeind. Sie tasten nicht nur unzulässig ein Grundrecht an, sie missachten es! Sie wollen Ministerpräsident werden und negieren einfach, dass es keinen Grundrechtsschutz für Gewinnmaximierung oder entsprechendes wirtschaftliches Handeln gibt. Von Ludwig Erhard verstehen sie schon mal gar nichts. Sonst hätten sie gelernt, dass mit den Prinzipien seiner sozialen Marktwirtschaft die Wirtschaft als Diener, als Mittel für menschliches Glück, gemeint ist.

Dann geht es weiter im Text:

... „Die Inbetriebnahme des BER wird sich deutlich verzögern und diese Zeit sollen und müssen die betroffenen Anrainer nutzen, mit den BER-Verantwortlichen alle notwendigen Schutzmaßnahmen auszuhandeln und durchzuführen. Wir als CDU werden das kritisch gegenüber der Landesregierung im Sinne der Anwohner begleiten.“

Kommentierung:

Was die deutliche Verzögerung der Inbetriebnahme mit der Schutzverpflichtung zu tun hat, ist nicht nur ein billiger, sondern auch unerträglicher Hinweis. Motto: Seid froh, dass wir, die Verantwortlichen, zu dämlich sind, den BER schneller fertigzustellen. So habt ihr, bevor ihr die Folgen zu spüren kriegt, noch eine Galgenfrist und Zeit, das für euren Schutz zu tun, wozu wir verpflichtet sind.

Mit dieser Aussage haben Sie sich, Herr Schierack, endgültig als Politiker und Mediziner disqualifiziert. Zehn Jahre lang haben sie nicht erkannt und nun verdrängt, wie die BER-Verantwortlichen, die Gesellschafter, die Parlamente, Parteien, die CDU und Sie als Person mit den „betroffenen Anrainern“ umgesprungen sind. Diese wurden durch das skrupellose Verhalten der „BER-Verantwortlichen“ belogen, betrogen und zu Klagen gezwungen. Darüber verzweifelt haben die Betroffenen inzwischen jeden Glauben an und jedes Vertrauen in Politik und Parteien verloren. Feige haben sich die „Verantwortlichen“ davor gedrückt, den Betroffenen Auge in Auge zu sagen, was sie mit ihnen vorhaben. Jetzt, nach dieser Geschichte, kommen Sie und fordern die Betroffenen auf, das zu tun, wozu alleine Sie, als Mit-Verantwortlicher, verpflichtet sind. Nicht die Betroffenen müssten um das Recht kämpfen, das einem Schaden geschuldet ist, zu dem als „Geschichte“ ihre CDU einen dicken Beitrag geleistet hat. Es gilt rechtlich und im Sinne von Anstand und Bekenntnis zur Verantwortung immer noch: Wer einen Schaden verursacht hat, muss ohne Wenn und Aber dafür geradestehen. Für Sie gilt aber offenbar - das zeigt Ihre Aufforderung an die „Anrainer“: Weil der Ermordete Schuld hat, muss er selbst im Tode noch bestraft werden. Schrecklich!

Sie sind wohl noch nie - auch als Mensch - auf die Idee gekommen, dass es Aufgabe einer sich als „christlich“ bezeichnenden Partei ist, die in Sonntagsreden immer behauptet, wie „nahe sie am Menschen“ ist, den Betroffenen nicht nur mit Geschwafel zu helfen, sondern sich ihnen zu stellen. Da wollen sie nun „helfen“, indem Sie, die CDU, die Bemühungen der Betroffenen gegenüber der Landesregierung kritisch begleiten. Mit dieser „Begleitung“ sind Sie, die CDU, nur noch peinlich.

Fazit

Sie wollen, vorausgesetzt Ihr Bekanntheitsgrad reicht, im September 2014 Ministerpräsident Woidke (SPD) im Amt ablösen. Ersatzweise, das sprechen sie

verständlicherweise nicht aus, wollen Sie und andere auf Posten erpichte Abgeordnete Ihrer CDU in das von der SPD vorbereitete Bett auch als „Minderheitsgesellschafter“ einsteigen. So oder so rechnen sie darum mit den von Ihnen als dumm eingeschätzten Wählern, die Ihnen zu diesem Ziel verhelfen sollen. Da sollten Sie sich aber nicht täuschen. Auch dumme Kälber schmecken sehr schnell, ob Sie ihnen eine andere Kost bieten als die SPD oder die Linke. Für das Land und die vielen betroffenen Menschen bieten sie leider die gleiche Kost wie SPD und Linke. Nur ihre Verpackung macht vielleicht den Unterschied.

Wer Ihre Antwort auf den Brief der Petentin so liest, wie wir sie gelesen haben, der hat alle Gründe, Sie und die CDU nicht zu wählen.

Als Mediziner können Sie nicht behaupten oder begründen, dass Ihre Haltung zu den gesundheitlichen Folgen des Fluglärms des von Ihnen so gewollten BER mit ihrem Gelöbnis, dem Berufsethos eines Mediziners, vereinbar ist. Dabei ist auch nicht nachvollziehbar, wie die CDU und ihre Landtagsfraktion einen Mediziner zum Spitzenkandidaten machen konnte, der lebendes Kontrastbeispiel zu einem anderen Mediziner, Christoph Schulze MdL, ist, der aus seiner Verpflichtung gegenüber seinem ärztlichen Eid nicht mehr bereit war, Menschen durch seine Mithilfe krank zu machen.

Als Politiker mit unerträglichem Rechts- und Verfassungsverständnis können Sie keinen Eid auf die Verfassung ablegen, in dem Sie schwören müssen, diese zu achten und Schaden vom Volke abzuwenden.

Als katholischer Christ verraten Sie den Kern ihres Glaubens. Sie beteiligen sich an der Beschädigung des Ebenbildes Gottes, weil Sie nichts dabei finden, dass der körperlichen Unversehrtheit dieses Ebenbildes bewusst Schaden zugefügt wird.

Für die Wähler, die Sie und die CDU an den Aussagen zum BER messen und darin erkennen, wie viel Unmenschlichkeit in dieser christlichen Partei steckt, sind Sie nicht wählbar.